

## Flughafenausbau – Kommunen unterliegen

**FRANKFURT** (dpa). Mehrere Kommunen rund um den Flughafen in Frankfurt sind mit einer weiteren Klage gegen den Bau der neuen Landebahn gescheitert. Der Hessische Verwaltungsgerichtshof in Kassel wies die Normenkontrollanträge gegen den Landesentwicklungsplan ab, wie das Gericht gestern mitteilte. Die Entwicklungsmöglichkeiten der Kommunen würden zwar eingeschränkt, aber nicht in unzulässiger Weise entzogen.

Der Landesentwicklungsplan ist eine der Grundlagen für die eigentliche Baugenehmigung, den Planfeststellungsbeschluss. Dieser war von dem Gericht schon im Sommer 2009 bestätigt worden. Mit der neuen Landebahn soll die Kapazität des größten deutschen Flughafens um rund 50 Prozent erhöht werden.

Gegen den Landesentwicklungsplan geklagt hatten nun Offenbach, Rüsselsheim, Neu-Isenburg, Mörfelden-Walldorf, Flörsheim und Bischofsheim. Sie sahen ihre Entwicklungsmöglichkeiten unzulässig beschnitten. Der Landesentwicklungsplan legt fest, wie bestimmte Flächen genutzt werden können, wenn sie zum Beispiel in der Einflugschneise liegen.

Der Verwaltungsgerichtshof ließ keine Revision gegen seinen Beschluss zu, der ohne mündliche Verhandlung ergangen war. Die Kommunen können gegen die Nichtzulassung der Revision allerdings Beschwerde einlegen, über die das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig dann entscheiden müsste. Hessens Wirtschaftsminister Dieter Posch (FDP) begrüßte das Urteil.

## Rößner: Koch muss Ausbau neu bewerten

**MAINZ** (red). Als wenig überraschend bezeichnet die Mainzer Bundestagsabgeordnete Tabca Rößner (Grüne) das Urteil des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs in Kassel, das die Klagen hessischer Kommunen gegen den Flughafenausbau abgewiesen hat. Interessant sei allerdings die Urteilsbegründung: Die Entwicklungsmöglichkeiten der Kommunen würden zwar eingeschränkt, aber nicht in unzulässiger Weise entzogen, heißt es darin. Rößner: „Damit hat das Gericht indirekt aber auch klar gesagt: Der Flughafen-Ausbau schadet auch den wirtschaftlichen Möglichkeiten des Rhein-Main-Gebiets.“ Bisher seien „wachsende Lärmbelastigung und Gesundheitsgefahr für die Anwohner mit der einseitigen Schilderung der wirtschaftlichen Notwendigkeit des Ausbaus gerechtfertigt“ worden. Nun müsse der hessische Ministerpräsident Koch (CDU) eine Gesamtschau vornehmen und „endlich auch die Punkte mit in der Planung berücksichtigen, die gegen den Ausbau sprechen“. Bisher habe er nur einseitig als „Interessenvertreter der Fraport gehandelt“.